

# Dringlichkeitsantrag 1

zum Plenum als Nr. 1

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Arif Tasdelen, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und Fraktion (SPD)

## Demokratische Debatte stärken - Klare Kante gegen Rechts zeigen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Der Rechtsextremismus ist weiterhin die größte extremistische Bedrohung. Besondere Sorge macht es, dass Angriffe auf Geflüchtete wieder stark zugenommen haben. Es ist abscheulich, Menschen anzugreifen, die bei uns Schutz vor Krieg und Terror suchen.

Demokratinnen und Demokraten sind aufgerufen, gegen rechtsextreme Tendenzen, die Verbreitung von Fake News und Hetze zusammenzustehen, sich klar abzugrenzen und Positionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit klar zu widersprechen. Ansichten gegen die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie dürfen nicht salonfähig gemacht werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus zu stärken, stets klar Position gegen rechtspopulistische Falschbehauptungen zu beziehen und grundsätzlich im politischen Diskurs eine angemessene Tonlage anzuschlagen.

### Begründung:

Am 20.6.2023 hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser den Verfassungsschutzbericht 2022 vorgestellt.

Die Erkenntnisse sind besorgniserregend:

Für das Jahr 2022 wurden insgesamt 35.452 Straftaten mit extremistischem Hintergrund ausgewiesen (2021: 33.476) – ein trauriger Höchststand. Davon waren 2.847 (2021: 2.994)

---

VorAn - Dokument - ID: 168802 eingereicht von Opitz, Jacqueline am 21.06.2023 - 15:52

1

SPD Status: eingereicht seit 21.06.2023 - 15:52

Ersterfasser: Daniel Schön

Gewalttaten. Im Rechtsextremismus ist das Personenpotenzial weiter angewachsen und liegt bei 38.800 (2021: 33.900). Auch der Anteil der gewaltbereiten Rechtsextremisten ist abermals auf nunmehr 14.000 (2021: 13.500) gestiegen. Wurden Anfang 2022 noch die Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen von Rechtsextremisten instrumentalisiert, waren im Herbst und Winter die Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine, wie hohe Inflation und eine drohende Energiekrise, Themenschwerpunkte ihrer Agitation. Nachdem dies in der breiten Bevölkerung nicht verfiel, wurde das Thema Migration wieder verstärkt von Rechtsextremisten aufgegriffen.

Ein weiterer Aspekt stellt das sogenannte Hate Speech da. Ein Großteil des Hasses im Netz ist auf Motive gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zurückzuführen. Dieser liefert die Begleitmusik, aber auch die Rechtfertigung und Motivation rechtsextremer (Gewalt)taten. Die Aktionstage gegen Hate Speech der Justiz scheinen hierbei wenig Wirkung zu entfalten.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz schätzt, dass 10.200 Mitglieder der AfD und ihrer Parteilugend "Junge Alternative" rechtsextremen Strömungen zuzurechnen sind. Insgesamt sieht der Verfassungsschutz in der AfD "hinreichend große Bestrebungen, die sich gegen die freiheitliche Grundordnung richten".

Am 15.6.2023 feierten auf Einladung von AfD-Politikern Rechtsextremisten im Landtag, die dabei sogar einen Journalisten bedrängten. Dieser Vorfall reiht sich ein in eine Reihe von Ereignissen und der allgemeinen Veränderungen durch die AfD im Bayerischen Landtag. Dies reicht von rassistischen Anfragen, über gegen Minderheiten gerichtete Redebeiträge in Landtagsdebatten bis hin zu einer Verächtlichmachung des Parlamentarismus, beispielsweise durch die Ladung eines Rechtsextremen als Sachverständigen. Angesichts der hohen Umfragewerte der AfD, die jetzt sogar einen Kanzlerkandidaten aufstellen will, beobachtet Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang den Zuspruch für die Partei mit Sorge und hält es für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sich dem entgegenzustellen.

All dies zeigt : die Bedrohung unserer Gesellschaft durch Rechtsextremismus nimmt zu. Demokratinnen und Demokraten müssen sich ihr entgegenstellen. Die Geschichte lehrt uns, dass diese Bedrohung ernst zu nehmen ist.

Vor diesem Hintergrund sind die Auftritte von Mitgliedern der Staatsregierung bei einer Demonstration in Erding brandgefährlich. Markus Söder sprach wider besseres Wissen von einer „zwanghaften Veganisierung Deutschlands“ und Hubert Aiwanger redete davon, dass man sich die Demokratie „zurückholen“ müsse. Ebenso sind die ausländerfeindlichen Aussagen von Claudia Pechstein beim CDU-Grundsatzkonvent, die Bundestagsvizepräsidentin Yvonne Magwas (CDU) als „pauschal und populistisch“ verurteilte, falsch. Statt Anbiederung an Rechtspopulisten oder Nationalradikale braucht es eine klare Abgrenzung, ein Benennen von verbreiteten Fake News als Lügen und eine angemessene Tonlage.

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Daniel Günther, hat dies erkannt:

»Kurs der Mitte, sprachlich sauber bleiben, keine Debatten über das Gendern und andere Nebensächlichkeiten führen – den Leuten halt keinen Scheiß erzählen.«

Wenig hilfreich ist es dagegen, wenn bayerische Politikerinnen und Politiker sich den Rechts-außen-Politiker DeSantis zum Vorbild nehmen. Damit werden radikale Positionen nur weiter salonfähig gemacht. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer spricht von Normalisierungsverschiebungen im öffentlichen Sprachgebrauch, die Grenze des Sagbaren werde verschoben.

Es ist Aufgabe der Politik, die Schwächeren zu schützen. Demokratinnen und Demokraten müssen gemeinsam die liberale Gesellschaft verteidigen.